

Berufsbildung im Fokus

Mitgliederversammlung



Berufliche Bildung Wohin geht es?

Referenten
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin
 Eröffnungsrede
Dr. Bodo Stange, IHK Stade
 „Berufliche Bildung aus Sicht der IHK“
Rainer Albers, Schulleiter Jobelmann-Schule
 „Nachwuchsgewinnung in Mangelbereichen“
 u. a.

Workshop
„Coole Schule“

Podiumsdiskussion
Mit den bildungspolitischen
Sprechern der Landtags-
Fraktionen



19. Oktober 2016
10:00 bis 16:00 Uhr

JOBELMANN-SCHULE BBS I Stade
Glückstädter Straße 15
21682 Stade

Geschäftsstelle:
Ellernstraße 38
30175 Hannover

Tel: 0511 32 40 73
Fax: 0511 36 32 20 3
E-Mail: info@blv-nds.de

Anmeldung:
www.blv-nds.de

Mitgliederversammlung



Tagesprogramm

10:00 Willkommen Kaffee und Snacks
10:30 Eröffnung und Begrüßung
 Heinz Ameskamp, Landesvorsitzender BLVN
11:00 Eröffnungsrede
 Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin
11:45 Mittagsimbiss
12:45 Fachthemen (Finden zeitgleich statt,
zur Teilnahme bitte unter www.blv-nds.de anmelden)
Vortrag 1: „Berufliche Bildung aus Sicht der IHK“
 Dr. Bodo Stange, IHK Stade
Vortrag 2: „Nachwuchsgewinnung in Mangelbereichen“
 Rainer Albers, Schulleiter Jobelmann-Schule
Workshop „Coole Schule“
 Kolleginnen/Kollegen der BBS Rotenburg
13:45 Podiumsdiskussion „Ist die Berufsausbildung auf
 einem guten Weg?“ Bildungspolitische Sprecher
 der Landtagsfraktionen
15:00 Verbandsinterner Austausch



Geschäftsstelle:
Ellernstraße 38
30175 Hannover

Tel: 0511 32 40 73
Fax: 0511 36 32 20 3
E-Mail: info@blv-nds.de

Anmeldung:
www.blv-nds.de

Psychische
Belastungen im
Lehrerberuf

Mitglieder-
versammlung
19. Oktober 2016

Duale Berufs-
ausbildung
vor Heraus-
forderungen

Inhalt

Vor-/Grußwort

Duale Berufsausbildung vor Herausforderungen

Bildungspolitik

Grundlegende Änderungen nach dem Debakel ums Mathe-Abi?

Wachsende Probleme bei der Besetzung von Lehrstellen

Mit koordinierter Stellenbewirtschaftung die Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen zu Regionalen Kompetenzzentren austrocknen

Ausbildung in privaten Altenpflegeschulen in der Kritik

Kostenlose Busfahrkarten werden vom LSR gefordert

Schulvorstellung

Die JOBELMANN-SCHULE BBS I Stade

Aus dem Landesvorstand

Woran arbeitet der Landesvorstand unter anderem momentan? 7

Aus den Bezirks- und Ortsverbänden

„Berufsschulen sind das Zentrum der beruflichen Bildung“ – BLVN Osnabrück-Emsland Grafschaft Bentheim fordern ein Ende der schlechten Lehrerversorgung an BBSen 8

Informationen für Senioren

3 Der Anordnung einer Betreuung muss eine persönliche Anhörung vorausgehen 9

Pflegestufe: Kann gegen eine Einstufung Widerspruch eingelegt werden? 9

4 Pflegeantrag 9

Wir informieren

4 Psychische Belastungen im Lehrerberuf 10

4 Fachkräftegewinnung als Herausforderung 10

5 Chancen und Risiken durch TTIP für die Land- und Ernährungswirtschaft 11

5 Bundesringtagung agrarwirtschaftlicher Berufsschullehrer 2016 12

Weiterhin steigende Ausbildungszahlen in der Landwirtschaft 12

6 Wie wird eine Verbandskreditkarte für das Mitglied beantragt? 13

Neue Rahmenrichtlinien für die Fachoberschule Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie 14

Verbandsdokumente im Landesarchiv Hannover 14

Nachruf Gerhard Spaltner 14

Persönliches

Wir gratulieren 15

Wir gedenken 15

*Alle Mitglieder erhalten kostenlos den Infobrief „BLVN Aktuell“.
Diese aktuellen Informationen erhalten Sie vom Ansprechpartner Ihrer Schule und können ihn auf unserer Homepage www.blv-nds.de herunterladen.*



Impressum

Schriftleitung: Clarissa Herrmann, c.herrmann@blv-nds.de

Redaktionsteam: Heinz Ameskamp, Norbert Boese, Clarissa Herrmann, Lothar Lücke, F. d. R. Ludwig Most, Dr. Gerhard Over

Autorinnen/Autoren dieses Heftes:

Heinz Ameskamp, Joachim Maiss, Olivia Zakrzewski, Matthias M. Andreas, Norbert Boese, Thomas Bräutigam, Peter Bahr, Gerhard Over, Günter Denninger, Torsten Günzel, John Kames, F.d.R. Ludwig Most

Herausgeber: Heinz Ameskamp, Vorsitzender des BLVN

Geschäftsstelle: Ellernstraße 38, 30175 Hannover

Telefon (0511) 324073, www.blv-nds.de

Verlag: dbb Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, www.dbbverlag.de

Anzeigen: Bernd Wübbenhorst, b.wuebbenhorst@blv-nds.de

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

ISSN-Nummer: 2190-7064

Redaktionsschluss: 4. November 2016

Duale Berufsausbildung vor Herausforderungen – Gute Schule gestalten



Heinz Ameskamp

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des BLVN Niedersachsen,

das neue Schuljahr 2016/2017 hat mit alten schon bekannten Startbedingungen begonnen. Einschneidende Veränderungen in der beruflichen Bildung sind auf den ersten Blick nicht erkennbar. Die Probleme der beruflichen Bildung sind also nahezu die gleichen wie zuvor. Der Trend zum Studium ist ungebrochen. In „Zeit Online“ war kürzlich zu lesen, 2015 haben rund 150 000 junge Leute mehr ein Studium aufgenommen als

2005. In dieser Zeit sank die Zahl der Lehrstellenbewerber bundesweit um rund 190 000, das entspricht einem Rückgang von 25 Prozent.

Der Jahresstatistik des Niedersächsischen Kultusministeriums für die öffentlichen Berufsbildenden Schulen und Berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft ist zu entnehmen, dass im Schuljahr 2015/2016 die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler um 2 401 (-0,9 Prozent) gesunken ist. Dabei ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Berufsschule leicht gesunken von 154 000 auf 151 500 und in den Vollzeitbildungsgängen nahezu konstant geblieben.

Zum Start des Schuljahres 2016/2017 teilte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mit, dass noch 172 224 Ausbildungsplätze unbesetzt seien. Bei den Agenturen für Arbeit waren „Ende Juli 24 000 mehr Ausbildungsangebote als suchende Jugendliche gemeldet“.

Mehr Ausbildungsplatzangebote bei sinkenden Bewerberzahlen machen es in Verbindung mit dem demografischen Wandel und dem allgemeinen Trend zur Höherqualifizierung zunehmend schwieriger, den Fachkräftebedarf im mittleren Qualifikationsbereich zu sichern.

Die duale Berufsbildung steht vor der Herausforderung ihr Image zu verbessern.

Dabei sind erhebliche Unterschiede zwischen Berufen und Regionen zu verzeichnen. Es sind schnellstens Verbesserungsmöglichkeiten zu analysieren und anzugehen. Höherwertige Bildungsabschlüsse wie zum Beispiel das Abitur oder die Fachhochschulreife als Hemmschuh für eine unzureichende Bewerberzahl an Auszubildenden in den Fokus zu stellen, ist unseres Erachtens der falsche Ansatz, vielmehr gilt es die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung zu stärken.

Dieses Ziel ist für die regionalen Kompetenzzentren (ReKo) eine ständige Herausforderung, gilt es doch, den damit verbundenen Anpassungsdruck auf die duale Berufsausbildung bestmöglich zu begleiten. Das kann aber nur gelingen, wenn auch der betriebliche Teil der Berufsausbildung stärker auf die Vermittlung von Bildungsinhalten als auf die Verwertbarkeit im betrieblichen Arbeitsprozess ausgerichtet ist und für die Weiterbildung neben der

Berechtigung die Befähigungen abgesichert sind. Die Abschaffung von Bildungsgängen zur Förderung der Ausbildungsreife – fälschlicherweise gerne als Übergangssystem bezeichnet – sind dabei ein wichtiger Bestandteil, um die Voraussetzung für das Bestehen einer hochwertigen dualen Berufsausbildung abzusichern.

In Niedersachsen sind im Bündnis Duale Berufsausbildung (BDA) viele Themenbereiche in der Diskussion, jedoch fehlen politische Entscheidungen, welchen Weg man einschlagen möchte zur Stärkung der dualen Berufsausbildung. Die ReKo brauchen Zielsetzungen und Rahmenvorgaben, damit sie sich schon jetzt sachlich und auch personell adäquat darauf ausrichten können.

Darüber hinaus ist Industrie 4.0 das Entwicklungsthema, das mit rasanter Geschwindigkeit an Bedeutung gewinnt und starken Einfluss auf eine qualifizierte berufliche Bildung nehmen wird. Zur Bewältigung dieser Thematik wird es erforderlich, Lehrpersonal mit entsprechenden Kompetenzen auszubilden und einzustellen.

Lehreraus- und -fortbildung stärken.

Wenn die berufliche Bildung nicht auf dem Abstellgleis geraten soll, sind umgehend Schritte einzuleiten und mit Ressourcen abzusichern, die das verhindern. Nur mit gut qualifiziertem Personal kann man solchen Entwicklungen folgen.

Da schon heute in den Metall- und Elektroberufen sowie der Sozialpädagogik Lehrermangel herrscht, wird man auch die Attraktivität des Lehramtes an Berufsbildenden Schulen bewerben und die Arbeitsbedingungen verbessern müssen.

Mit der Onlinebefragung „Mehr Zeit für gut Gute Schule“ wurde versucht, erste Erkenntnisse zu erhalten, was Lehrkräfte besonders belastet. Mit einer Beteiligung von knapp zehn Prozent des Lehrpersonals in Niedersachsen ist die Aussagekraft aber nur sehr begrenzt heranziehbar, um die belastenden Bedingungen an den unterschiedlichen Schulen belastbar zu analysieren.

Arbeitsbedingungen an den ReKo neutral und umfassend neu bewerten.

Eine neutrale Arbeitsbewertung aller an den ReKo beschäftigten Lehrkräfte mit und ohne Funktionsamt wird vom BLVN dringend gefordert. Die Rahmenbedingungen für Schule und Unterricht haben sich in den letzten Jahren rasant verändert. Gründe dafür sind zum Beispiel die innovative Umwandlung der BBS zu ReKo, die sich aufgrund der immer schneller entwickelnden Technik, Medien und Gesellschaft kontinuierlich anzupassenden Lerninhalte und die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems.

Berufliche Bildung ist nicht statisch und stellt unsere Lehrkräfte immer wieder vor neue Herausforderungen, die zu meistern sind. Ebenso wenig ist auch das Arbeitsleben statisch und fordert eine kontinuierliche Anpassung. Immer mehr on top ohne entlastende Elemente geht zulasten der Gesundheit unserer Lehrkräfte und mindert die Qualität der beruflichen Ausbildung.

Getragen von der Überzeugung, dass die berufliche Bildung ein wesentlicher Bildungs- und Wirtschaftsfaktor in einer Industriena-tion ist, wird der BLVN auch weiterhin seine Positionen dazu einbringen und die anstehenden notwendigen Reformprozesse konstruktiv und kritisch begleiten.

In diesem Sinne grüßt Sie ganz herzlich

Heinz Ameskamp, BLVN-Landesvorsitzender

Grundlegende Änderungen nach dem Debakel ums Mathe-Abi?

(rb) Hannover. Nach dem vielstimmigen, offenbar berechtigten Protest gegen den Umfang und Inhalt des diesjährigen Mathematik-Abiturs in Niedersachsen – zu schwer, zu komplex, zu wenig Bearbeitungszeit – ist unklar, ob das Kultusministerium daraus grundsätzliche Konsequenzen für die Gestaltung der zentralen Abschlussprüfungen in den kommenden Jahren ziehen wird oder alles beim Alten lassen will. Zwar wurden den betroffenen rund 20 000 Schülern/-innen Nachprüfungen angeboten. Zudem hat das Ministerium mittlerweile den Bewertungsmaßstab der schriftlichen Abiturprüfungen im Fach Mathematik für dieses Jahr um 12,5 Prozent abgesenkt, nachdem die Schulen rund 19 000 vorläufige Korrekturergebnisse oder 90 Prozent der diesjährigen Mathe-Klausuren übermittelt hatten. Nach Auswertung durch das Ministerium lagen die Noten im Mathematik-Abitur 2016 zwischen 1,6 bis 2,1 Notenpunkte unter dem durchschnittlichen Ergebnis aller Klausuren in der Qualifikationsphase. Mit der Absenkung der jeweils zu erreichenden Punktzahl im erhöhten Anforderungspro-

fil von 120 auf 105 Punkte beziehungsweise im grundlegenden Niveau von 88 auf 77 wird das Dilemma nach Ansicht zahlreicher Kritiker allerdings nicht behoben, sondern allenfalls für die besseren Schüler/-innen ein wenig abgemildert. Die Arbeitskreise Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen des hannoverschen Stadt-Elternrats haben jetzt schriftlich bei Kultusministerin Frauke Heiligenstadt angefragt, welche Regelungen sie treffen will, um derart „mängelbehaftete Aufgabenstellungen“ für die Zukunft sicher auszuschließen. Die Elternräte schlagen vor, die angebotenen Klausuren nicht mehr von „Nachrechnern“ beurteilen zu lassen, denen die gewollten Lösungen bereits zur Verfügung stehen, sondern ein Verfahren zu wählen, das sowohl die Praxistauglichkeit als auch die Rechtmäßigkeit garantiert. Die Elternvertreter/-innen in Hannover gehen davon aus, dass die am 29. April gestellte Mathe-Klausur weder vom Umfang noch vom Schwierigkeitsgrad her einer Rechtmäßigkeitsprüfung standhält.

Wachsende Probleme bei der Besetzung von Lehrstellen

(rb) Hannover. Etwa 30 Prozent der Unternehmen im Bereich der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern haben derzeit Probleme, ihre Ausbildungsstellen zu besetzen; 70 Prozent von ihnen nennen als Begründung, dass ihnen keine geeigneten Bewerbungen vorliegen. Das ist eines der Ergebnisse der Aus- und Weiterbildungsumfrage 2016 der IHK Hannover, an der sich 1 035 Unternehmen der niedersächsischen Kammern beteiligt haben. Wie es weiter darin heißt, sind die ausgewählten Jugendlichen bei einem Fünftel der Betriebe gar nicht erst zur Ausbildung angetreten, 43 Prozent stellten Ausbildungshemmnisse bei den Jugendlichen fest. Dazu zählen unklare Berufsvorstellungen (79 Prozent), mangelnde Leistungsbereitschaft und Motivation wurden von rund der Hälfte der Betriebe angegeben ebenso wie Defizite bei Disziplin und Belastbarkeit. Schließlich gibt es auch Probleme mit der schulischen Qualifikation hinsichtlich des mündlichen und schrift-

lichen Ausdrucksvermögens sowie der elementaren Rechenfertigkeiten. Um auf lernschwächere Jugendliche besser eingehen zu können, machen bereits 45 Prozent der Unternehmen ein eigenes Angebot an Nachhilfe, 31 Prozent nutzen ausbildungsbegleitende Hilfen der Agentur für Arbeit, während das neue Förderinstrument der „assistierten Ausbildung“ bei den meisten Betrieben noch unbekannt ist. 60 Prozent der befragten Unternehmen bekämpfen den Bewerbermangel mit dem Angebot von Betriebspraktika, 45 Prozent haben ihr Ausbildungsmarketing verstärkt und 34 Prozent bemühen sich darum, neue Bewerbergruppen zu erschließen wie etwa Studienabbrecher. 28 Prozent kooperieren mit Schulen, 19 Prozent mit Hochschulen, 15 Prozent ermöglichen eine Kombination von Ausbildung mit einer Aufstiegsfortbildung. Zwölf Prozent bieten sogar Auslandsaufenthalte während der Ausbildung an.

Pressemitteilung, 1. September 2016, des BLVN und des VLWN

Mit koordinierter Stellenbewirtschaftung die Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen zu Regionalen Kompetenzzentren austrocknen

Die Zuweisung von 100 zusätzlichen Einstellungsmöglichkeiten im Rahmen eines Nachtrags zum Stellenausgleich II./2016 hat den BLVN und den VLWN positiv überrascht. Dies ist aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen, so die Vorsitzenden der Berufsschullehrerverbände BLVN und VLWN, Heinz Ameskamp und Joachim Maiss.

Da aber bereits 120 Stellen wegen der Arbeitszeitkonten gestrichen wurden, bedeutet dies für 2016 eine Verringerung der Zuweisung von insgesamt 20 Stellen. In 2017 ist die Streichung weiterer 120 Stellen geplant. Somit sind tatsächlich wirksam werdende Stellenzuweisungen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen, wie in der Pressemitteilung des MK vom 26. August 2016 aufgezeigt, nicht erkennbar.

So wichtig und richtig eine Erhöhung der Stellenzuweisung für die Berufsbildenden Schulen auch ist, ohne die dringend erforderliche Forcierung der Lehrerausbildung in den Mangelbereichen wird eine bessere Stellenauslastung aber nicht gelingen, da keine bedarfsgerechte Einstellung an den Schulen erfolgen kann. Die zentral angeordnete koordinierte Stellenbewirtschaftung durch das MK wird dieses Problem ebenfalls nicht lösen, sondern den erfolgreich eingeschlagenen ReKo-Prozess eher austrocknen. Der 2011 von allen Parteien im Landtag beschlossene Prozess, alle berufsbildenden Schulen zu Regionalen Kompetenzzentren (ReKo) zu entwickeln, ist damit de facto gestoppt.

Die Berufsbildenden Schulen in der Region sind alle recht unterschiedlich und komplex aufgestellt. Ein Aufblähen von Verwal-

tungswegen wird dem Entwicklungsprozess in keiner Weise gerecht. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels unterliegen die Akteure der beruflichen Bildung in naher Zukunft einem hohen Anpassungsdruck. Zur Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen sind ein hoher Grad an Flexibilität und ein großer Gestaltungsspielraum erforderlich.

Der BLVN und VLWN fordern die Landesregierung auf, die in der Landtagsdrucksache 16/2243 vom 19. Februar 2010 von allen politischen Parteien festgeschriebenen bildungspolitischen Ziele, ohne Streichung einzelner Abschnitte, wie zum Beispiel der eigenverantwortlichen Mittel- und Stellenbewirtschaftung durch die ReKo, weiterzuverfolgen.

V.i.S.d.P. Heinz Ameskamp, Joachim Maiss

Pressemitteilung vom 2. Juni 2016 des BLVN

Ausbildung in privaten Altenpflegeschulen in der Kritik

Berufsschullehrerverband Niedersachsen (BLVN) fordert Kultusministerium zum Handeln auf.

„Auf die durch den Jahresbericht des Landesrechnungshofs bekannt gewordenen gravierenden Mängel in privaten Altenpflegeschulen und die damit verbundene defizitäre Berufsausbildung und deren Folgen für die Pflegebedürftigen haben wir seit Jahren das Kultusministerium immer wieder aufmerksam gemacht, ohne dass das Kultusministerium tätig geworden ist“, erklärte Heinz Ameskamp, Vorsitzender des BLVN.

Das Kultusministerium war trotz Anfragen des Verbandes bisher nicht bereit, die bekannten Probleme bei den Altenpflegeschulen in freier Trägerschaft mit dem BLVN zu besprechen, geschweige denn die jetzt vom Landesrechnungshof veröffentlichten Mängel überhaupt zu benennen und einzugestehen.

Durch die Prüfung des Landesrechnungshofs wird jetzt belegt, dass die Altenpflegeschulen in freier Trägerschaft eine bessere Finanzausstattung durch das Land erhielten als die Altenpflegeschulen des Landes. Entgegen den zwingenden Vorgaben des Kultusministeriums setzten die geprüften privaten Einrichtungen die Finanzmittel des Landes nicht nur für fachlich qualifizierte Lehrkräfte ein, sondern haben einen erheblichen Teil der Landesmit-

tel für Lehrpersonal ohne ausreichende fachliche Qualifikation ausgegeben. Eine Überprüfung der privaten Altenpflegeschulen wie bei den Altenpflegeschulen des Landes auf Einhaltung der Rechtsvorschriften, der Einstellungsvoraussetzungen für neue Lehrkräfte und der Qualität der Ausbildung in den Schulen fand nicht ausreichend statt.

„Wir halten dies für einen unhaltbaren Zustand, denn unsere pflegebedürftigen alten Menschen haben einen Anspruch auf eine gute Pflege. Gute Pflege erfordert aber eine hochwertige qualifizierte Berufsausbildung und dafür hat das Kultusministerium zu sorgen,“ sagte Gaby Droste-Kühling, stellvertretende Landesvorsitzende des BLVN.

Der BLVN fordert das Kultusministerium auf, im Interesse der pflegebedürftigen alten Menschen und der Auszubildenden, eine qualitativ gute Altenpflegeausbildung durch fachlich qualifizierte Lehrkräfte abzusichern. Im Rahmen der Schulaufsicht sind die schwarzen Schafe der Altenpflegeausbildung zu identifizieren und unverzüglich erforderliche Maßnahmen zur Problembeseitigung einzuleiten.

Kostenlose Busfahrkarten werden vom LSR gefordert

Unterstützung bekommt der LSR durch die Jungen Liberalen Niedersachsen

Hannover – Der Landesschülerrat Niedersachsen fordert ein kostenloses Busticket in der Oberstufe.

Sobald ein Schüler die gymnasiale Oberstufe oder eine Berufsbildende Schule besucht, muss er die Kosten für sein Busticket selber bezahlen. Dies kann monatlich bis zu 100 Euro kosten, was für viele Familien eine schwere Belastung darstellt.

Die Landesvorsitzende des LSR, Olivia Zakrzewski, dazu: „Es darf nicht sein, dass ein Schüler sein Abitur oder seine Hochschulreife nicht erreichen kann, nur weil er aus einer sozial schwächeren Familie kommt und sich sein Busticket somit nicht kaufen kann. Dies ist keine Grundlage für starke Schulen und keine Grundlage für die Förderung von Bildung.“ Der Landesvorsitzende der JuLis Niedersachsen unterstützt diese Forderung des Landesschülerrat: „Die Monatskarte ist für viele Familien eine hohe Belastung. Wenn

wir es in Niedersachsen nicht einmal organisiert bekommen, dass die Schülerinnen und Schüler kostenfrei zur Schule kommen, brauchen wir in die Diskussion über Schulqualität gar nicht erst einsteigen.“

Die Schülerinnen und Schüler sollten in Ihrer Freiheit und Mobilität nicht eingeschränkt werden und ein kostenloses Ticket anfordern können. Zusätzlich wird somit eine Chancengleichheit gewährleistet, da dann auch sozial schwächere Familien ihr Kind zur Schule schicken können. Auch haben die Schülerinnen und Schüler dann die freie Wahl, welche Schule sie besuchen möchten und müssen sich nicht zwangsläufig für eine weniger qualifizierte Schule entscheiden, nur weil sie in ihren finanziellen Mitteln eingeschränkt sind.

Olivia Zakrzewski, Vorsitzende LSR

Starke Schule – starke Region – starke Zukunft:

Die JOBELMANN-SCHULE BBS I Stade



Die JOBELMANN-SCHULE ist eine von vier Berufsbildenden Schulen im Landkreis Stade. Die JOBELMANN-SCHULE ist eine gewerblich-technische Berufsschule mit einem sehr breiten beruflichen Bildungsangebot, das neben den Bereichen Bau- und Holztechnik, Metall- und Fahrzeugtechnik, Elektrotechnik/IT, Vermessungstechnik, Parkett- und Bodenbelag, Chemie, Gastronomie, Lebensmittelhandwerk auch die Ausbildung in der Körperpflege sowie in sozialpädagogischen Berufen anbietet. Außerdem beschult die JOBELMANN-SCHULE Menschen mit Behinderungen.

Neben der klassischen Teilzeit-Berufsschule wird das Bildungsangebot der JOBELMANN-SCHULE durch Vollzeitschulen wie das Berufliche Gymnasium mit den Schwerpunkten Informatik, Technik, Sozialpädagogik und Ökologieforschung, die Fachhochschulen Technik, Gestaltung und Sozialpädagogik, die Berufsfachschulen, Berufseinstiegsklassen und Klassen zur Berufsvorbereitung ergänzt.

Damit ist die JOBELMANN-SCHULE ein schulisches Kompetenzzentrum mit beruflichen Teilzeit- und Vollzeitbildungsgängen nicht nur für die Stadt und den Landkreis Stade, sondern für die gesamte Region. Die Schule wird von circa 2 300 Schülerinnen und Schülern besucht, davon sind mehr als 60 Prozent in der Teilzeitberufsschule für die duale Berufsausbildung in über 20 verschiedenen Ausbildungsberufen. Die Schülerinnen und Schüler werden



von 120 Lehrkräften unterrichtet. In den verschiedenen Bildungsgängen können vom Hauptschulabschluss bis hin zur allgemeinen Hochschulreife (Abitur) sämtliche Schulabschlüsse erworben werden.

Die Schule verfügt im Berufsschulzentrum Stade über einen Altbau (aus den 1960er-Jahren), einen Neubau (Bezug August 2010), eine Bauhalle (Bezug 2005) und eine Sporthalle (aus den 1960er-Jahren). Darin befinden sich 68 Unterrichts- und Fachräume (inklusive 13 EDV-Räume) und 27 Werkstatträume. Alle naturwissenschaftlichen Fachräume sind neu. Auch die EDV-Räume sind neu oder auf dem Stand der aktuellen Technik. Im sogenannten Altbau wurden durch die Umsetzung eines umfangreichen Brand-



schutzkonzeptes im Laufe der letzten drei bis vier Jahre alle Unterrichtsräume, Flur- und Treppenhäuserbereiche neu gestaltet und haben dadurch einen modernen und hellen Gesamteindruck erhalten.

Der Austausch mit unseren europäischen Partnerschulen in Finnland, Island und Polen ist uns ein besonderes Anliegen. Jedes Jahr verleiht die JOBELMANN-SCHULE den Europass an die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler.

Seit vielen Jahren ist die Theater-AG für Schüler/-innen und Lehrkräfte sehr erfolgreich. Die Vorführungen finden im Theatersaal der JOBELMANN-SCHULE intern und extern einen großen Zuspruch. Die Band-AG tritt bei schulischen Veranstaltungen wie zum Beispiel Verabschiedungen auf und arbeitet häufig auch eng mit der Theater-AG zusammen. Es nehmen ebenfalls Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Lehrkräften daran teil. Die Konfliktlotsen unterstützen Schüler/-innen in Konfliktsituationen und helfen ihnen, diese zu lösen. Dazu nutzen sie einen speziellen Konfliktlotsenraum. Zu Beginn eines jeden Schuljahres wird das Team für seine Aufgabe extern ausgebildet.

Die JOBELMANN-SCHULE kooperiert eng mit der ausbildenden Wirtschaft. Bei der curricularen und organisatorischen Planung nehmen wir Rücksicht auf die Erfordernisse der betrieblichen Ausbildung. Dabei suchen wir das regelmäßige Gespräch mit Vertretern der beteiligten Betriebe und Kammern. Wir unterstützen die ausbildende Wirtschaft bei der Planung und Durchführung von Prüfungen. Wir sind die Leitstelle für die „Region des Lernens“. Im Interesse einer optimalen Förderung unserer Schülerinnen und Schüler kooperieren wir mit Schulen und Beratungseinrichtungen der Region. Eine qualifizierte Laufbahnberatung betrachten wir als unverzichtbare Voraussetzung für jede weitere berufspädagogische Arbeit. Durch die Organisation eigener Veranstaltungen und regelmäßige Beteiligung an Ausbildungsforen tragen wir zur Schaffung einer regionalen Kommunikationsplattform für die berufliche Bildung bei.

Matthias M. Andreas, Abteilungsleiter



In eigener Sache: Schwerpunktthemen der Landesverbandsarbeit

Woran arbeitet der Landesvorstand unter anderem momentan?

Der BLVN-Landesvorstand möchte Sie an dieser Stelle regelmäßig über die Schwerpunkte seiner Arbeit unterrichten. Dadurch soll den Mitgliedern unseres Verbandes die Arbeit transparenter gemacht werden. Auskünfte zu den einzelnen Themen erteilt Ihnen gerne der Landesvorstand; sprechen Sie uns an!

- Ein Schwerpunktthema ist zurzeit die Vorbereitung der BLVN-Mitgliederversammlung am Mittwoch, 19. Oktober, in Stade in enger Kooperation mit den Kolleginnen und Kollegen des Bezirksverbandes Stade, die die Arbeit vor Ort in enger Absprache mit dem Landesvorstand organisatorisch und inhaltlich gestalten und koordinieren. Bitte beachten Sie dazu auch die Plakataushänge sowie die nächste Newsletter-Ausgabe. Einladungen werden den Mitgliedern in Kürze zugehen, ebenso unseren externen Partnern im Land.
- Der Landesvorstand bearbeitet weiterhin die auf der DV erteilten Arbeitsaufträge aus den angenommenen beziehungsweise den zur Bearbeitung überwiesenen Entschlüssen und Anträgen mit dem Ziel der Umsetzung. Daneben bestimmen die aktuelle bildungspolitische Entwicklung und die daraus zu ziehenden Konsequenzen die Arbeit des LV.
- Ein Schwerpunktthema in den vergangenen Monaten war die Aufarbeitung und Nachbereitung der Personalratswahl am 12. April 2016 hinsichtlich Auswertung und Analysen in verschiedenen Denkrichtungen.
- Der Landesvorstand unterstützt zurzeit intensiv das Personalratsteam des BLVN/VLWN zur Vorbereitung der gewählten Verbandskandidatinnen/-kandidaten auf ihr Personalratsamt durch Schulungen und Fortbildungen.
- Der Tag der Ortsverbände am 16. März 2016 in Verden hatte das Ziel, die Kontakte zwischen den Ebenen unseres Verbandes zu stärken. Dieses ist aus unserer Sicht auch gut gelungen und hat rege Diskussionen erbracht. Die ganztägige Veranstaltung soll zukünftig wieder regelmäßig jährlich im gleichen Zeitraum stattfinden.
- Ein Schwerpunkt für die Arbeit in den nächsten Monaten wird daneben die Fortsetzung des Aufbaus einer optimierten Kommunikationsstruktur innerhalb des BLVN sein. Die Klausurtagung am 11. und 12. September 2015 hat dazu bereits aufgezeigte Wege vertieft und ergänzt. Dieses hat ihre Fortsetzung in der Arbeit der verschiedenen Arbeitsgruppen gefunden.
- Die im Landesvorstand angeregten Überlegungen zu strukturellen Veränderungen der inneren Organisation sind angelaufen beziehungsweise in der Umsetzung bereits fortgeschritten. Die Veränderungen betreffen unter anderem den Organisationsplan und die verschiedenen Geschäftsbereiche der Vorstandsmitglieder.
- Das neu gestaltete BLVN-Fortbildungsprogramm wird gut angenommen und soll in den kommenden Jahren ausgebaut und von der Organisation her optimiert werden. Dazu gehört auch die dringende Anpassung und grundsätzliche Überarbeitung der Homepage des BLVN.
- Der BLVN setzt sich massiv zusammen mit dem Kooperationspartner VLWN für die Rückgabe wesentlicher Elemente des ReKo-Prozesses durch das Kultusministerium an die Berufsbildenden Schulen ein, unter anderem für die Rückführung der zentralen Stellenbewirtschaftung durch das MK. Erste Erfolge zeichnen sich ab.
- Weitere Verbandsthemen auf Landesebene sind nach wie vor die Überarbeitung und Aktualisierung der Pflegeberufe und deren Inhalte, die Rettung der berufsqualifizierenden Berufsfachschulen, das Recht auf Ausbildung, eine sinnvolle Berufsorientierung an Allgemeinbildenden Schulen, der Erhalt der bestehenden Studienseminare, die Möglichkeit von zukünftigen Doppelabschlüssen, die unbefriedigende Situation der Beförderungen auf allen Ebenen, die Lehrerarbeitszeit sowie die Leitungszeit, eine effektive und zukunftsorientierte DV-Administration, ein Budget für die Klasse 11 bezüglich Praktikum und dadurch fehlende Stunden sowie die notwendige Anerkennung von „Sprint“ als Sachgrund für Lehrverträge bei Stundenaufstockungen. Dieser Katalog zeigt die Vielschichtigkeit unserer Verbandsarbeit zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler sowie unserer Kolleginnen und Kollegen an den Schulen.
- Die Flüchtlingsproblematik, die mittlerweile die Berufsbildenden Schulen voll erfasst hat, ist ein weiteres zentrales Thema, für deren Lösung wir uns zusammen mit dem VLWN in den nächsten Monaten verstärkt einsetzen werden.
- Gespräche zu den genannten Themen werden auf den Kooperationsitzungen mit dem VLWN vorbereitet und vom Landesvorstand mit dem Ministerium, der Staatssekretärin und der Ministerin geführt. Auch werden die anderen an der beruflichen Bildung Beteiligten verstärkt in die Gespräche einbezogen. Die berufliche Bildung darf wegen ihrer zentralen Zukunftsbedeutung für unser Land nicht geschwächt werden, sondern muss zukunftssicher den Anforderungen entsprechend aufgestellt werden. Dies geschieht weitestgehend in Kooperation mit unserem Partnerverband VLWN.
- Auf Landesebene sowie auch auf regionaler Ebene arbeiten unsere Vertreter zusammen mit allen Partnern der beruflichen Bildung an Lösungen für Fragestellungen der aktuellen Berufsbildungspolitik. Ein Beispiel dazu ist unsere Mitarbeit im der AG „Bündnis für duale Ausbildung“ des MK. Wir werden vom Kultusministerium als kompetente Gesprächspartner anerkannt und sind zuversichtlich, zusammen mit der Landesregierung einvernehmlich zukunftsorientierte Lösungen zu finden.
- Die Ausbildung von Berufsschullehrern oder die Entwicklung von alternativen beziehungsweise innovativen Wegen zur Beschaffung von qualifiziertem Lehrpersonal an unseren Berufsbildenden Schulen bleibt nach wie vor ein wichtiges Anliegen des Landesvorstandes in Gesprächen mit den Verantwortlichen.

Norbert Boese, BLVN-Landesvorstand

„Berufsschulen sind das Zentrum der beruflichen Bildung“ – BLVN Osnabrück-Emsland Grafschaft Bentheim fordern ein Ende der schlechten Lehrerversorgung an BBSen



Unser Foto zeigt von links nach rechts: Thomas Bräutigam, Berta Memsen-Weering und Heinz Siegbert (Bezirksschatzmeister)

Auf der jüngsten Mitgliederversammlung Ende Mai des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen im Bezirk Osnabrück-Emsland Grafschaft Bentheim bewertet der BLVN-Bezirksvorsitzende kritisch die Lehrerversorgung an den Berufsbildenden Schulen (BBSen) in Niedersachsen. Die notwendigen Qualitäts- und Schulentwicklungen zu regionalen Kompetenzzentren der beruflichen Bildung ist mit einer Lehrerversorgung von zum Teil unter 80 Prozent nicht nachhaltig zu erreichen.

Auf der Versammlung in Haselünne hat der Bezirksvorsitzende des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen, Thomas Bräutigam, den Sachstand zu den Handlungsempfehlungen zum „Bündnis für Duale Ausbildung (BDB)“ des Landes Niedersachsen vorgestellt und kritisch mit den Mitgliedern diskutiert. Bei den ersten Umsetzungsvorhaben wird deutlich, dass die fachlichen Forderungen aus den Berufsbildenden Schulen nur zweitrangig im Vergleich zu den Positionen der Sozialpartner einfließen. Aus Sicht der Berufsschulen ist das viel kritisierte „Übergangssystem“ nicht die Ursache für den Fachkräftemangel in der Wirtschaft. Die fünf Schwerpunkte der Handlungsempfehlungen – Berufsorientierung, Beratungsstruktur, Einstiegssysteme, unversorgte Jugendliche und wohnortnahe Beschulung/Qualitätssicherung – wird als wichtiger Entwicklungsraum der beruflichen Bildung gesehen. Bei der Berufsorientierung hält der BLVN an seiner Forderung fest, die Berufsbildenden Schulen (BBSen) als Zentrum der örtlichen Berufsorientierung zu etablieren. Bei der koordinierten Beratungsstruktur ist gleichermaßen eine Stärkung der Vernetzung der Betriebe und der BBSen notwendig. Die Verdrängung der BBSen bei den Berufsberatungen wird deutlich ablehnt. Das Argument der „neutralen Beratung“ unterstellt den BBSen eine latente Verletzung ihres Bildungsauftrages zugunsten eines reinen Auslastungsgedankens der Schule. Bei dem

Arbeitsschwerpunkt von unversorgten Jugendlichen spielen die BBSen ebenfalls eine entscheidende Rolle. Die Einbindung von Lehrern aus den beruflichen Schulen in die Jugend-Berufsagenturen in den Modellregionen wird sehr positiv bewertet. Der fünfte Baustein – wohnortnahe Beschulung – ist gerade im Flächenbezirk Osnabrück-Emsland Grafschaft Bentheim – eine wesentliche Herausforderung. Hier gilt es für die Region Lösungen zu finden. Selbstkritisch fordert der BLVN ferner eine verstärkte Prüfung von Schulkooperationen von Nachbarlandkreisen ein. Nach Ansicht des BLVN können aber Schulkooperationen nur gelingen, wenn alle beteiligten Schulen eine zuverlässige Entwicklungsperspektive erhalten.

Aber alle sinnvollen Maßnahmen und Entwicklungsansätze in der beruflichen Bildung werden, so der BLVN, gegen die Wand fahren, wenn die Lehrerversorgung weiterhin auf einem so inakzeptablen Wert von ungefähr 80 Prozent in vielen BBSen bleiben.

Auf der Versammlung wurde im Weiteren durch Dr. Gerhard Over der Individual-Rechtsschutz und die Rechtsberatung des BLVN gegenüber seinen Mitgliedern vorgestellt. Diese Dienstleistung ist für die Mitglieder des BLVN ein wichtiger Rückhalt bei Streitfällen im Schulalltag.

Zum Abschluss der Versammlung wurde durch Berta Memsen-Weering, Schulbezirkspersonalrätin, das Ergebnis der Schulpersonalratswahlen bewertet. Die Berufsschullehrerverbände konnten ihr gutes Ergebnis weiter ausbauen und haben den Abstand zur GEW weiter stark verkürzt. An den Verbänden kommt in der Personalratsarbeit keiner mehr vorbei. Dies ist die „Ernte“ jahrelanger konsequenter guter Arbeit für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen.

*Thomas Bräutigam, Bezirksvorsitzender
Bezirk Osnabrück-Emsland Grafschaft Bentheim*

Pressemitteilung Nr. 23/2016 des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2016

Der Anordnung einer Betreuung muss eine persönliche Anhörung vorausgehen

Angesichts der mit einer Betreuung verbundenen tiefen Eingriffe in das allgemeine Persönlichkeitsrecht ist eine persönliche Anhörung durch das Betreuungsgericht grundsätzlich unverzichtbar. Dies hat die 3. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts entschieden und damit die große Bedeutung der persönlichen richterlichen Anhörung im Betreuungsverfahren erneut hervorgehoben. **Die Anordnung einer Betreuung ohne diese Anhörung verletzt nicht nur das Recht auf rechtliches Gehör, sondern stellt auch eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG dar.**

Sie können den gesamten Text der Pressemitteilung vom 23. März 2016 im Internet über folgende URL nachlesen:

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/bvg16-023.html>

Der Beschluss vom 23. März 2016, 1 BvR 184/13, legt eindeutig fest, dass für Betroffene (siehe oben unter 6. Abs. 2) ohne Anhörung durch das Betreuungsgericht eine Betreuung nicht angeordnet werden darf.

Mehr unter: www.bundesverfassungsgericht.de

Pflegestufe:

Kann gegen eine Einstufung Widerspruch eingelegt werden?

Grundsätzlich ja, nur die Vorgehensweise bei gesetzlich Versicherten unterscheidet sich von der der privat Versicherten.

- Gesetzlich Versicherte können innerhalb des ersten Monats bei der Pflegekasse Widerspruch einlegen. Darauf muss die Kasse den MDK erneut damit beauftragen, ein weiteres Gutachten zu erstellen. Den zweiten Besuch wird in der Regel ein anderer Gutachter vornehmen. Auf der Basis des neuen Gutachtens verschickt die Kasse einen neuen Bescheid.

In vielen Fällen korrigiert die Pflegekasse ihre erste Einschätzung, wenn der Pflegebedarf tatsächlich höher ist.

Fällt die zweite Einstufung auch nicht zur Zufriedenheit aus bleibt noch die Klage vor dem Sozialgericht.

- Privat Versicherte müssen von vornherein den Weg der Klage beschreiten. Ein Recht auf Widerspruch wie bei den gesetzlich Versicherten besitzen sie nicht. Auch hier ist eine Frist von einem Monat einzuhalten.

Wenn der Weg der Klage beschritten werden soll, ist es ratsam, Kontakt mit einer Pflegeberatung oder mit der Verbraucherzentrale aufzunehmen.

Quelle: Senioren Ratgeber

Pflegeantrag

Im Jahr 2016 noch einen Pflegeantrag zu stellen, kann sich lohnen.

Veränderungen stehen zum 1. Januar 2017 an. Es werden **Pflegestufen in Pflegegrade** umgewandelt. Das hat zur Folge, dass Pflegeleistungen stärker an Beeinträchtigungen Pflegebedürftiger bemessen werden.

Bedeutet nach Auffassung der Verbraucherschützer, dass Pflegebedürftige, die nur unter einer körperlichen Beeinträchtigung leiden, schwieriger einen höheren Pflegegrad erreichen, somit weniger Zuwendungen erhalten.

Umfangreiche Informationen über die Antragstellung finden Sie im Internet.

www.barmer-gek.de/pflege/antraege-services/pflegeantrag
www.wohnen-im-alter.de/geld-recht/pflegefall/pflegeantrag
www.pflegestufe.com/pflege/pflegeantrag

Peter Bahr

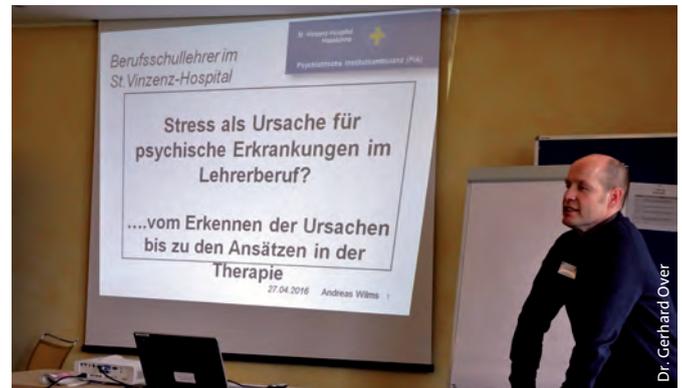
Psychische Belastungen im Lehrerberuf

Im Rahmen einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Weser-Ems des BLVN und des VLWN referierte Dr. Andreas Wilms zu psychischen Belastungen im Lehrerberuf. Der Oberarzt in der Psychiatrischen Institutsambulanz des Sankt-Vinzenz-Hospitals Haselünne ging auf Ursachen und therapeutische Ansätze ein. Er stellte unter anderem das Vulnerabilitäts-Stress-Modell vor. Demnach kommt die Krankheit zum Ausbruch, wenn die Belastungen, die sich aus der persönlichen Disposition und den aktuellen Stressoren ergeben, eine Schwelle überschreiten. Die Disposition ist durch genetische Faktoren und persönliche Erfahrungen bedingt: Vor allem Gewalterlebnisse, instabile Bindungen und fehlende Wertschätzung sind belastend. Auch die Prägung in der frühen Kindheit kann eine entscheidende Rolle spielen. Dysfunktionale Grundsätze (siehe Abbildung Dysfunktionale Grundsätze) erhöhen das Risiko für psychische Erkrankungen. Extrem gefährdet sind Lehrkräfte, die alles perfekt oder zumindest besser als andere machen wollen und bei Überbelastung nicht „nein“ sagen können. Untersuchungen in Deutschland haben ergeben, dass etwa 35 Prozent der Lehrkräfte von Burn-out bedroht sind.



Dysfunktionale Grundsätze

Das soziale Umfeld und eine gesunde Lebensführung sind nach Ansicht von Wilms wichtig, um Überlastungsreaktionen und damit eng verbundenen depressiven Störungen vorzubeugen. Durch kognitives Umstrukturieren können individuelle Ressourcen geschaffen werden, die zu einer Ausgeglichenheit führen. Persönliches Zeitmanagement, Priorisieren, Reduzieren und Delegieren



Dr. Andreas Wilms, PIA Haselünne

in Beruf und Alltag sind ebenso wichtig wie regelmäßige körperliche Bewegung (siehe Abbildung Tipps).

Bei unabänderlichen Umständen gilt eine „Radikale Akzeptanz“. Ein ständiges Hadern kann die Situation nicht dauerhaft verbessern. Wer Interesse an weiteren Informationen hat, kann die ausführliche Präsentation zum Vortrag per E-Mail im pdf-Format anfordern bei g.over@blv-nds.de.

Dr. Gerhard Over

Tipps zum Abbau von Stress im Beruf
(ursprünglich gesammelt für Ärzte)

1. Bremsen Deinen Kaffeekonsum!
2. Treibe regelmäßig Sport (3 mal 30 min/Woche)!
3. Regelmäßig Entspannungs-Atem-Übungen (2 mal 20 min/Woche)!
4. Schlafe ausreichend (30 Minuten früher ins Bett gehen als üblich)!
5. Pflege Deine Freizeit und Deine Hobbys!
6. Setze Dir realistische Ziele und vermeide Perfektionismus!
7. Versuche, optimistisch zu sein und nicht pessimistisch!
8. Iss richtig!
9. Bewahre Deinen Humor!
10. Sprich und unterdrücke keine Gefühle!
11. Schreibe Deine Gedanken auf!
12. Meide ungesunde Angewohnheiten (wie etwa Alkohol)!
13. Setze Dir Grenzen (lerne "nein" zu sagen)!

Tipps zum Abbau von Stress im Beruf

Fachkräftegewinnung als Herausforderung

Im Rahmen einer Veranstaltung des Arbeitskreises Weser-Ems des BLVN und des VLWN verdeutlichte Dr. Thomas Hildebrandt von der IHK Oldenburg, warum Unternehmen neue Strategien zur Fachkräftegewinnung entwickeln müssen.

Die Bedürfnisstruktur der arbeitsmarktrelevanten Zielgruppen habe sich verändert. Für die in den neunziger Jahren geborenen Arbeitnehmer, die zur sogenannten „Generation Z“ gehören, sei eine Trennung zwischen Arbeit und Freizeit wichtig. Die jungen Mitarbeiter wollen für den Arbeitgeber nicht ständig erreichbar sein. Bei dieser Alterskohorte seien Wohlbefinden am Arbeitsplatz, die Identifikation mit den beruflichen Aufgaben und die Anerkennung wichtiger als Spitzenlöhne und privates Eigentum.

Aus Sicht der IHK sind qualifizierte Aus- und Weiterbildung sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend für die Berufs-

wahl. Daher müssen die Betriebe entsprechende Angebote schaffen, um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Dr. Gerhard Over



Dr. Thomas Hildebrandt, IHK Oldenburg



TTIP bietet Chancen und Risiken

Dr. Gerhard Over

Chancen und Risiken durch TTIP für die Land- und Ernährungswirtschaft

Seit Juni 2013 verhandeln die Europäische Kommission und die USA über die sogenannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Mit dem Abkommen soll der Handel gestärkt und die Investitionsbereitschaft gefördert werden. Während die Befürworter auf Wirtschaftswachstum sowie Beschäftigungs- und Wohlfahrtseffekte hoffen, befürchten Kritiker Einschnitte in den Rechten der Arbeitnehmer sowie eine Verschlechterung von Standards in den Bereichen Soziales, Umwelt sowie Gesundheits- und Verbraucherschutz. Mit TTIP soll die größte Freihandelszone der Welt mit über 800 Millionen Einwohnern und einem geschätzten Umsatz von etwa 500 Milliarden Euro entstehen. Ein derartiges Abkommen würde sich auch auf die Land- und Ernährungswirtschaft auswirken. Die Europäischen Union und die USA sind weltweit die wichtigsten Produzenten landwirtschaftlicher Produkte und Lebensmittel und dominieren den globalen Agrarhandel. In den USA prägen Agrarindustriebetriebe das Bild. Ein Hof bewirtschaftet dort im Durchschnitt 169 Hektar. Das ist mehr als vierzehn Mal so viel wie ein durchschnittlicher Betrieb in der EU umfasst. Im Rahmen einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Vechta wurden die speziellen Folgen für die deutschen Landwirte diskutiert.

Aus Sicht von MdB Gabriele Groneberg ist das Thema für Landwirte sowie den vor- und nachgelagerten Betrieben überlebenswichtig. Die Geheimnistuerei und mangelnde Transparenz habe die Bundestagsabgeordneten vergrätzt. Zunächst waren die Unterlagen nur in Englisch verfügbar. Der Leseraum durfte nur zwei Stunden pro Woche genutzt werden. Notizen waren nicht zulässig und außerdem gab es eine Verschwiegenheitspflicht. In Deutschland sei die landwirtschaftliche Produktion durch Vorsorge und Hygiene charakterisiert, während in den USA die Erzeugnisse nachträglich haltbar gemacht werden, und zum Beispiel durch Chlor. Die Deutschen haben Bedenken gegenüber Antibiotika und Gentechnologie, während sich Amerikaner eher vor Bakterien fürchten.

Nach MdEP Joachim Schuster sei Geheimhaltung bei laufenden Verhandlungen üblich. Durch TTIP solle ein Gegengewicht geschaffen werden zum boomenden Welthandelsplatz Ostasien. Dies gelte aber nicht für die Landwirtschaft, da bisher die Konkurrenz vom chinesischen Markt gering sei. Die EU und die USA hoffen auf bessere Exporterfolge, da zu große Mengen produziert werden.

Tobias Andres vom Bundesverband der Ernährungsindustrie (BVE) fordert, dass die bisherigen Normen der Lebensmittelsicherheit und -qualität, die im „Codex Alimentarius“ vereinbart sind, erhalten bleiben.

Norbert Meyer, Vorsitzender des Kreislandvolks Vechta, erhofft sich vom Freihandel bessere Chancen für den Absatz von Fleisch, tierischen Veredelungsprodukten, Wein und Süßwaren. Er fordert aber, dass die europäischen Standards erhalten bleiben müssen.

Dr. Gerhard Over



Auf dem Podium von links: MdEP Schuster, Kreislandwirt Meyer, Moderatorin Kocar, MdB Groneberg und Andres (BVE)

Dr. Gerhard Over

Bundesringtagung agrarwirtschaftlicher Berufsschullehrer 2016



Teilnehmer informieren sich im Kontrollstand über den Einsatz von Melkrobotern

Die diesjährige Bundesringtagung der agrarwirtschaftlichen Lehrkräfte fand in Triesdorf, Bayern, statt. Delegierte aus Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Niedersachsen nahmen teil. Thematisch stand das Beziehungsgeflecht zwischen den Berufsschulen und den Ausbildungsbetrieben im Mittelpunkt. Die Teilnehmer diskutierten unter anderem mit Martin Lambers, Bildungsreferent des Deutschen Bauernverbandes, Antje Eder, Technische Universität München, und Dr. Heidi Müller-Weichbrodt, Humboldt-Universität Berlin, über die Anforderungen an die Lehrkräfte.

Franziska Gebauer und Lena Müller, beide Bachelorinnen of Education am Institut für Fachdidaktik der Fakultät für Agrar- und Gartenbauwissenschaften der TU München, stellten die vorläufigen Ergebnisse ihrer Masterarbeiten vor. Sie hatten bundesweit Ausbilder und Auszubildende danach befragt, welche Kompetenzen in der Berufsausbildung am wichtigsten sind und welche Erwartungen an die Berufsschullehrkräfte gestellt werden. Die Wissenschaftlerinnen kommen zur Erkenntnis, dass die Fachkompetenz als am wichtigsten einstufen, gefolgt von Methoden-, Personal- und Sozialkompetenz. Die Ausbilder und Auszubildenden erwarten von den Agrarlehrern vor allem praxisnahen Unterricht, persönliche Praxiserfahrungen und fachliches Wissen.

Im weiteren Verlauf der Tagung berichtete Martin Lambers über das Projekt „Qualität und Vernetzung der landwirtschaftlichen Be-

rufsbildung“. Dazu wurde ein Fachbeirat berufen, an dem Vertreter des Bauernverbandes und des Bundesrings mitwirken. Als erstes wurde ein Fragebogen konzipiert, der sich mit den persönlichen, berufsfachlichen, pädagogischen, methodisch-didaktischen Anforderungen sämtlicher Bildungsakteure befasst. Außerdem wird ein Glossar zu den Begriffen in der landwirtschaftlichen Ausbildung erarbeitet.

Direktor Otto Körner stellte das landwirtschaftliche Bildungszentrum Triesdorf vor. Hier sind neben der Berufsschule, Fachschule, Fachoberschule, Berufsoberschule auch zwei Fakultäten der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und das Lehr-, Versuchs- und Fachzentrum für Milchanalytik angesiedelt. Insgesamt werden über 3 400 Schüler und Studierende unterrichtet. Hinzu kommen zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen. Der Gutshof betreibt neben der Pflanzenproduktion (unter anderem Ackerbau, Saat-zucht, Grünland und Waldbau) und der Tierhaltung (unter anderem Deutsches Edelschwein, Fleckvieh, Merinoschafe, Hühner-rasse Rebhuhnfarbige Italiener, Karpfen und Carnica-Bienen) eine Brennerei und einen Obstlehrgarten („Pomoretum“), der auch der Erhaltung von seltenen Obstsorten dient.

Am zweiten Veranstaltungstag standen die Berichte der Bundesländer auf der Tagesordnung. In den Berufen Landwirt und Gärtner (Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau) gibt es weiterhin im bundesweiten Trend leicht zunehmende Schülerzahlen. Dennoch werden Standortzusammenlegungen diskutiert, vor allem in Ba-Wü und NRW. Alle Bundesländer schaffen Angebote für jugendliche Flüchtlinge und Zuwanderer und die Umsetzung der Inklusion ist ebenso überall ein dringliches Thema. Die nächste Delegierten-tagung soll im April 2017 in Halle/Sachsen-Anhalt stattfinden. Als Referentin ist Eva-Maria Alfing von der Humboldt-Universität Berlin eingeplant, die zurzeit an systemischen Aspekten bei der Entwicklung der beruflichen Handlungskompetenz von landwirtschaftlichen Auszubildenden forscht.



Delegierte vor dem Eingangsportal des Bildungszentrums

Günter Denninger, Torsten Günzel und Dr. Gerhard Over

Weiterhin steigende Ausbildungszahlen in der Landwirtschaft

Der Fachbereich für Aus- und Fortbildung im Geschäftsbereich Landwirtschaft der Landwirtschaftskammer Niedersachsen hat uns die aktuellen Zahlen zur Entwicklung der Zahl der Ausbildungsverhältnisse in den Agrarberufen zur Verfügung gestellt. Die Tabelle zeigt, dass die Zahl für die Landwirtschaft im Jahr 2015 einen neuen Höchststand erreichte. Kontinuierlich steigende Zahlen sind bei der Fachkraft für Agrarservice zu erkennen. Im Gartenbau nehmen die Ausbildungsverhältnisse im Vergleich zum Vorjahr etwas ab.

Dr. Gerhard Over

Tabelle: Entwicklung der Ausbildungszahlen im Agrarbereich von 2007 bis 2015.

Landwirtschaftskammer Niedersachsen									
Entwicklung der Ausbildungszahlen									
Berufe	Nieder-sachsen 2007	Nieder-sachsen 2008	Nieder-sachsen 2009	Nieder-sachsen 2010	Nieder-sachsen 2011	Nieder-sachsen 2012	Nieder-sachsen 2013	Nieder-sachsen 2014	Nieder-sachsen 2015
Landwirt/-in	1.627	1.671	1.757	1.713	1.744	1.803	1.852	1.955	1.977
Werker/-in in der Landwirtschaft	10	15	26	38	40	45	61	65	64
Fachkraft für Agrarservice	93	110	135	152	171	178	183	198	200
Hauswirtschafter/-in	644	670	620	603	602	503	455	468	410
Fachpraktiker/-in Hauswirtschaft	643	637	683	658	613	507	483	480	459
Gärtner/-in	1.972	2.095	1.938	1.806	1.756	1.745	1.576	1.617	1.567
Werker/-in im Gartenbau	405	474	464	452	412	385	386	402	392
Pferdewirt/-in	274	283	290	281	260	272	263	269	252
Tierwirt/-in	75	72	65	64	60	57	70	73	61
Fischwirt/-in	69	62	51	41	30	34	41	44	43
Forstwirt/-in	137	134	126	124	129	135	129	125	127
Revierjäger/-in	3	3	3	7	6	6	7	8	13
Milchtechnologe/-in	103	105	99	95	92	90	87	93	98
Milch- Laborant/-in	69	66	73	83	86	82	74	82	90
Pflanzentechnologe/-in	25	26	27	27	27	27	34	45	51
Gesamtsumme:	6.149	6.423	6.357	6.144	6.028	5.869	5.701	5.924	5.804



Unsere Verbandskreditkarte

Immer mehr BLVN-Mitglieder nutzen für sich und ihre Angehörigen unsere bewährte Verbandskreditkarte – denn die Vorteile sprechen für sich:

Gebührenfreie MasterCard Gold

- Keine Jahresgebühr – dauerhaft
- Keine Auslandseinsatzgebühr – weltweit
- Keine Gebühr für Bargeldabhebungen – 1,73 Prozent Zinsen pro Monat für den Zeitraum Abhebung – Rechnungsausgleich aber auch ohne Auslandseinsatzgebühr
- Keine Gebühren für Ersatzkarte, Ersatz-PIN, Kartenspernung, postalische Rechnungszusendung
- Jederzeit kündbar – kostenlos
- Partnerkarten zu den gleichen Konditionen

Inkludierte Reiseversicherungen

- für zu mindestens 50 Prozent mit der Karte bezahlte Reisen
- Reiseausfall, Reiserücktritt, Reiserücktransport, Verspätungen, Reisekrankenversicherung, Reiseunfallversicherung, Reisediebstahlversicherung

Günstige Rabatte

- Bis zu 40 Prozent bei Neuwagenkauf für 34 Marken
- 5 Prozent Rückvergütung bei Mietwagen über ein Partner-Mietwagenportal und bis zu 20 Prozent bei Alamo in USA/Kanada
- 5 Prozent Reisegutschrift mit Bestpreisgarantie über ein Partner-Reiseportal

Weitere Informationen und Antragsformulare für Sie und Ihre Angehörigen erhalten Sie auf unserer Homepage www.blv-nds.de.

Sparen auch Sie bares Geld mit unserer Verbandskreditkarte!

Wie wird eine Verbandskreditkarte für das Mitglied beantragt?

Auf der Homepage des Verbands ist ein Link für den Kartenantrag hinterlegt. Durch Anklicken wird der Antrag auf dem PC-Bildschirm aufgeblendet. Der Antrag liegt auf dem Server der Bank, der Antrag ist durch das https-Verfahren geschützt. HTTPS wird zur Herstellung von Vertraulichkeit und Integrität in der Kommunikation zwischen Webserver (hier die Bank) und Webbrowser (Client, hier der Verband) im World Wide Web verwendet. Alle eingegebenen Angaben sind somit mittels Transportverschlüsselung abgesichert.

Eine vollständige Eingabe der abgefragten Daten ist erforderlich, damit die Bank das hinterlegte Bewertungsprogramm (Credit Scoring) vollständig ausfüllen kann. Das Bewertungsprogramm setzt sich aus den Angaben im Kartenantrag und die eingeholte Schufa-Auskunft zusammen. Mit dem Bewertungsprogramm wird letztlich auch der erste Verfügungsrahmen für die Verbandskreditkarte festgelegt. Fehlende Angaben wirken sich negativ bei der Errechnung des ersten Verfügungsrahmens aus. Bei der Frage nach „Schulden“ ist auch eine Hypothek eine Verbindlichkeit und sollte auch entsprechend angekreuzt werden.

Nach drei bis vier Wochen wird dem Karteninhaber eine aus Sicherheitsgründen inaktive Verbandskreditkarte zugeschickt. Beigefügt ist auch eine Antwortkarte. Diese muss der Karteninhaber unterschreiben und der Bank zurückschicken. Nach circa vier bis fünf Tagen wird die Karte von der Bank aktiv geschaltet. Es wird empfohlen, nach circa einer Woche dann die Verbandskreditkarte einmal als Zahlungsmittel einzusetzen (Aldi, Lidl, Tanken, REWE und so weiter). Damit sieht der Karteninhaber, dass die Karte aktiv ist. Sollte dies nicht der Fall sein, sollte der Karteninhaber telefonischen Kontakt mit der Bank aufnehmen.

Wie wird die Partnerkarte beantragt?

Die Partnerkarte ist eine separate Karte, die nicht wie bei anderen Banken oder Sparkassen direkt mit der Hauptkarte verknüpft wird und die identische Kartenummer hat. Sie ist somit eine vollwertige Einzelkarte, die zwar die gleichen Konditionen wie die Mitgliedskarte hat, aber über ein anderes Girokonto abgewickelt werden kann. Deshalb muss der gleiche Onlineantrag wie bei der Beantragung der Mitgliedskarte genommen werden. Das Feld Mitgliedsnummer bitte leer lassen. Den Antrag mit den Daten des Partners ausfüllen, bei Einkommen Familieneinkommen eingeben, dann abschicken.

Nach zwei bis drei Wochen wird die inaktive Karte zugeschickt. Beigefügt ist eine Antwortkarte, die der Partner unterschreiben und der Bank zurückschicken muss. Nach circa vier bis fünf Tagen wird die Karte aktiv geschaltet. Dieses Procedere ist aus Sicherheitsgründen erforderlich.

Kündigung der alten Kreditkarte?

Nach Erhalt der Verbandskreditkarte kann die alte Kreditkarte gekündigt werden. Hierbei sind in der Regel keine Kündigungsfristen zu beachten. Die Kündigung sollte schriftlich erfolgen mit dem Hinweis, dass die Kreditkarte bereits durchgeschnitten und vernichtet wurde. Es empfiehlt sich, die alte Kreditkarte für circa drei Monaten parallel zu behalten. Grund? Es ist anfänglich möglich, dass der erste Verfügungsrahmen der neuen Verbandskreditkarte nicht so hoch ist, wie der der alten Kreditkarte von der Hausbank. Somit hätte man bei höheren Ausgaben wie zum Beispiel Reisen immer eine Zahlungsalternative. Bei regelmäßiger Nutzung der Verbandskreditkarte wird der Verfügungsrahmen sukzessiv angehoben und dürfte ausreichend sein, um alle Ausgaben zu begleichen.

John Kames

Neue Rahmenrichtlinien für die Fachoberschule Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie

Für den berufsbezogenen Lernbereich der Fachoberschule Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie – Klasse 11 und 12 – sind neue Rahmenrichtlinien erarbeitet worden. Die Anhörung des Entwurfs erfolgt im Spätsommer 2016. Die Einführung ist für das Schuljahr 2017/2018 geplant, beginnend mit der Klasse 11. Zur Implementierung ist im März 2017 eine Veranstaltung in Osnabrück

mit dem Schwerpunkt Lernsituationen zu den Lerngebieten der Klasse 11 vorgesehen. Im Herbst 2017 soll eine Veranstaltung zur Umsetzung von Projekten in der Klasse 12 und zur Durchführung der Abschlussprüfung folgen.

Dr. Gerhard Over

Verbandsdokumente im Landesarchiv Hannover

Mittlerweile ist unser Lehrerverband über 60 Jahre alt, fast mehr als zwei Lehrergenerationen. Das Wissen über die früheren Jahre droht verloren zu gehen. Unsere Gründungsmitglieder können wir nicht mehr befragen. Die meisten sind leider nicht mehr unter uns. Unser Aufruf, wesentliche und erhaltenswerte Dokumente und Unterlagen aus den Gründungsjahren und ersten Jahrzehnten der Altverbände BLBS und VLAEH für eine Archivierung zur Verfügung zu stellen, hatte Erfolg.

Wie gehen wir mit den alten Dokumenten zukünftig um? Das Niedersächsische Landesarchiv Hannover zeigte sich auf unsere Anfrage insbesondere an Satzungen, Satzungsänderungen, Protokollen und so weiter interessiert. Zwischen ihm und unserem BLVN-Landesvorstand wurde ein Schenkungsvertrag abgeschlossen. Er umfasst die Altbestände unserer Akten, aber auch zukünftig entstehende wichtige Verbandsunterlagen sollen im Landesar-

chiv dauerhaft verwahrt werden. Berücksichtigt haben wir im Vertrag auch den freien Zugang der Verbandsmitglieder zu „unseren Akten“ im Landesarchiv.

Das überlassene Archivgut wird fachkundig gelagert, im Rahmen der Möglichkeiten geordnet, verzeichnet und gegebenenfalls zukünftig auch digital erschlossen werden. So ergibt sich auch für zukünftige Lehrergenerationen ein Weg, Antworten zu finden und Aktenbestände an das Landesarchiv abzugeben. Danke an die Arbeitsgruppe und insbesondere danke an Herrn Dr. Hoffmann, der in zwei Nachmittagsitzungen eine Sichtung der Materialien vorgenommen und nun die erhaltenswerten Dokumente im Bestand „V.V.P. 107“ (Berufsschullehrerverband Niedersachsen e.V.) des Landesarchivs eingelagert hat.

Ludwig Most

Nachruf Gerhard Spaltner



Wir trauern um unseren Freund, Kollegen und unser Ehrenmitglied Herrn StD. a.D. Gerhard Spaltner, der am 27. Juli 2016 im Alter von 87 Jahren verstorben ist. Wir verlieren einen klugen Ratgeber, hilfsbereiten Gesprächspartner und wahren Freund, der es immer verstand, Brücken zu unterschiedlichen Generationen und Positionen zu bauen. Seine Bildung und Weisheit trugen ihm große Wertschätzung ein. Wir werden seinen aufrechten Charakter und seine humanistische

Gesinnung in ebenso guter Erinnerung behalten wie seine humorvolle Art.

Bewundert haben auch wir seine Lebensleistung: Er war als Lehrer und Koordinator beliebt und geschätzt. Als Abteilungsleiter im Bereich Agrarwirtschaft ging er 1991 an der BBS Diepholz, jetzt BBZ Dr. Jürgen Ulderup, in den Ruhestand. Jahre zuvor war er 1977 Gründungsmitglied, später Präsident und danach Ehrenmitglied des Rotary Clubs Syke. 1998 gründete er die Senioren Union Harpstedt, war bis 2006 Vorsitzender und später Ehrenvorsitzender.

Während seiner gesamten beruflichen Tätigkeit hat er die Bildungsinteressen von Schülern und Lehrern stets nachhaltig vertreten. Unserem Verband trat er 1956 bei (damals VLLB, später VLAEH) und war über 60 Jahre Verbandsmitglied. Im Landesvorstand war er als Beisitzer von 1975 bis 1984, dann 1992 bis 2009 Vertreter der Pensionäre, 1996 deren Zweiter, dann Erster Vorsitzender. Bei der Fusion übernahm er den Vorsitz der VLAEH-Pensionäre in den Bezirken Hannover und Hannover-Süd bis 2012. In dieser Eigenschaft organisierte er die Frühjahrstreffen und förderte die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen allen Ebenen. Unvergessen sind die Studienfahrten: Gemeinsam mit Frau Bartsch organisierte er 1998 Reisen nach Neubrandenburg und 1999 nach Plauen im Vogtland, 2004 und 2005 organisierte er die Fahrten nach Meiningen, Süd-Ost-Thüringen, nach Schleswig-Holstein und nach Neukirchen im Odenwald. Gemeinsam mit Frau Rothe war er verantwortlich für die Fahrten 2007 nach Wesel und ins Zweistromland/Niederrhein sowie 2008 nach Dresden. Auch danach nahm er regelmäßig an den Fahrten teil.

Bei der Gründung des BLVN aus BLBS und VLAEH wurde er zum Ehrenmitglied ernannt. Bis kurz vor seinem Tod war er uns in seiner hilfsbereiten, kompetenten Art stets verbunden und damit ein Vorbild.

Wir vermissen ihn und werden sein Andenken in Ehren halten.

Im Namen von Vorstand und Seniorenvertretung

Ludwig Most

Persönliches

Die Redaktion bittet die Mitglieder, deren Namen nicht bei den Geburtstagen genannt werden sollen, dieses in der Geschäftsstelle des BLVN anzumelden (Kontaktdaten: siehe Impressum)

Wir gratulieren

Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum	Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum
60 Jahre				84 Jahre			
Schütte-Edelhoff	Mechthild	Norden	08.08.1956	Händel	Gisela	Aurich	01.08.1932
Bardenhagen	Angelika	Stade	09.08.1956	Schuppe	Lucie-Lotte	Wolfenbüttel	09.08.1932
Hübner	Cornelia	Celle	17.08.1956	Ingeborg	Leer	Leer	13.08.1932
Manthey	Burkhard	Osnabrück-Melle	22.08.1956	Bockisch	Herbert	Braunschweig	21.08.1932
Gümbel	Matthias	Goslar	07.09.1956	Rüger	Fritz-Jürgen	Peine	02.09.1932
65 Jahre				85 Jahre			
Seipel	Holger	Oldenburg	03.07.1951	Lemke	Helga	Stade	20.07.1931
Wesselmann	Elisabeth	Osnabrück-Haste	07.07.1951	Zimmermann	Horst	Lüneburg	22.08.1931
Helms	Angelika	Alfeld	22.07.1951	Hunfeld	Joachim	Papenburg	23.08.1931
Immer	Bernhard	Ammerland	27.07.1951	Kiel	Egon	Cuxhaven	03.09.1931
Weiß	Wilfried	Nienburg	07.08.1951	Leeker	Marianne	Emden	30.09.1931
Kühling	Hubert	Cloppenburg	07.08.1951	86 Jahre			
Hartmann	Karl-Heinz	Hannover JvL	14.08.1951	Kendelbacher	Anneliese	Wolfsburg	02.07.1930
Bryan	Dagmar	Rotenburg	11.09.1951	Droste	Arnold	Holzminde	19.08.1930
Girke	Rose-Margot	Gifhorn	15.09.1951	Vollprecht	Maria	Bersenbrück	14.09.1930
Georgi	Margret	Hannover 7	15.09.1951	87 Jahre			
Wallmeier	Klaus	Nordhorn	19.09.1951	Freinatis	Hans-Joachim	Nordhorn	06.07.1929
Knoop	Josef	Lingen	20.09.1951	Frahm	Bodo	Hildesheim	14.07.1929
Wölbern	Werngard	Jever	29.09.1951	Reinecke	Hartmut	Hameln	15.07.1929
70 Jahre				88 Jahre			
Vorholt	Hans	Lingen	06.07.1946	Barsnick	Liesel	Lüneburg	29.07.1928
Grube	Wilfried	Hannover JvL	22.08.1946	Scheumann	Horst	Stade	14.08.1928
Tants	Friedrich	Cuxhaven	28.08.1946	Ziegler	Martin	P Lüneburg	18.08.1928
Tahden	Anna	Wesermarsch	02.09.1946	89 Jahre			
Most	Ludwig	Bremervörde	21.09.1946	Grosse	Richard	Hildesheim	05.07.1927
Jagau	Hans-Jürgen	P Hannover	25.09.1946	Hüllemann	Ursula	P Osnabrück	11.07.1927
75 Jahre				90 Jahre			
Adam	Dietrich	Bersenbrück	05.07.1941	Zocher	Waldemar	Hildesheim	11.07.1926
Paddags	Christa	Uelzen	11.07.1941	Pullwer	Eberhard	Delmenhorst	14.07.1926
Semper	Heinz	P Osnabrück	24.07.1941	Leerhoff	Heiko	Ammerland	18.07.1926
Schmitz	Kurt-Jürgen	Celle	28.07.1941	Tornscheidt	Gisela	Wolfenbüttel	29.07.1926
Funke	Johannes	Papenburg	06.08.1941	Mannel	Vitus	Osnabrück-Haste	03.08.1926
Schickschneit	Werner	Emden	07.08.1941	Middelbeck	Josefa	Cloppenburg	27.08.1926
Hanebuth	Rolf	Hannover 3	24.08.1941	Zischkale	Manfred	Springe	28.08.1926
Kühling	Mathilde	Cloppenburg	01.09.1941	Ziebs	Manfred	Meppen	31.08.1926
Sachweh	Ulrich	Oldenburg	08.09.1941	Waldmann	Wilhelm	Osterode	12.09.1926
80 Jahre				91 Jahre			
Wolff	Ernst-Dieter	Lüneburg	02.08.1936	Bremer	Alfred	Peine	13.09.1926
Eckmann	Dr. Werner	Salzgitter	18.08.1936	92 Jahre			
Jacobick	Klaus-Dieter	Wesermarsch	08.09.1936	Tilsner	Ingeborg	Leer	10.07.1924
Ruholl	Maria	Vechta	15.09.1936	Behre	Edlef	P Hannover	11.09.1924
81 Jahre				94 Jahre			
Schaper	Reinhard	Hannover 2	01.07.1935	Wilmink	Dietrich	Nordhorn	16.07.1922
Harms	Lothar	Uelzen	11.07.1935	96 Jahre			
Peetz	Horst	Bad Harzburg	11.07.1935	Franz	Sabine	P Stade	05.09.1920
Frohmann	Edeltraud	Rinteln	17.07.1935	97 Jahre			
Wittkop	Jürgen	P Lüneburg	16.08.1935	Langhagel	Karl-Heinz	Celle	26.08.1919
Krüger	Siegmar	Duderstadt	19.08.1935	99 Jahre			
Hillegeist	Hans-Heinrich	Göttingen	30.08.1935	Wolpers	Irmengard	Hildesheim	14.09.1917
Körte	Heinz-Bernd	Meppen	07.09.1935				
Lübke	Hans-Joachim	Delmenhorst	19.09.1935				
82 Jahre							
Schenk	Karl	P Lüneburg	13.07.1934				
Trebbin	Ingrid	P Hannover	13.07.1934				
Drescher	Hans-Georg	Wilhelmshaven	17.07.1934				
Kühl	Peter	Varel	18.07.1934				
83 Jahre							
Kabel	Hans-Joachim	Braunschweig	26.08.1933				
Kozubek	Walter	Göttingen	19.09.1933				
Sappert	Dieter	P Braunschweig	28.09.1933				
Rothe	Elisabeth	P Stade	29.09.1933				

Wir gedenken

Verstorben	Geburtsdatum	Nachname	Vorname	Bezirk	Ortsverband	Titel
04.03.2016	17.04.1927	Bellin	Christoph	Braunschweig	Gifhorn	OStR a. D.
01.04.2016	24.09.1930	Buczilowski	Dieter	Hannover	Hannover ME	OStR a. D.
30.04.2016	30.01.1931	Frenzel	Günter	Ostfriesland	Emden	StD a. D.
08.05.2016	09.08.1933	Böse	Manfred	Braunschweig	Braunschweig	StD a. D.
19.05.2016	20.08.1924	Jastrow	Ursula	Oldenburg	Wildeshausen	P
27.07.2016	06.05.1929	Spaltner	Gerhard	Hannover	P Hannover	StD a. D.
06.09.2016	07.04.1937	Brandsmeier	Magdalene	Hannover-Süd	Stadthagen	LRSD'in a. D.

Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.

Für mich: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen weiteren Vorteile** Ihres neuen Kontos unter Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de

Ihr Ansprechpartner

Ingo Muhs
Regionalbevollmächtigter Öffentlicher Dienst
Mobil 01 72/6 79 74 78
E-Mail ingo.muhs@bbbank.de



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst